

Die Vereinten Nationen bereiten sich auf die Ausweitung zu einer Eine-Welt-Regierung vor!
(17.7.2023)

Die globalistischen Vereinten Nationen (UN) bereiten sich darauf vor, ihre Befugnisse massiv auszuweiten, um einzelne souveräne Nationen zu überstimmen und sich als nicht gewählte Ein-Welt-Regierung zu positionieren.

Die UNO plant, während der bevorstehenden Konferenz „Gipfel der Zukunft“ im Jahr 2024 Vorschläge für die beispiellose Ausweitung ihres Einflusses zu unterbreiten.

Zu den Vorschlägen gehören Maßnahmen, die der Organisation eine „Notfallplattform“ bei „globalen Krisen“ einräumen würden.

Solche „Krisen“ würden von den Vereinten Nationen selbst bestimmt, und „Notfälle“ würden von der Organisation ausgerufen.

Sollte ein globaler „Notfall“ von den Vereinten Nationen ausgerufen werden, würde dies die Organisation in die Lage versetzen, „Notfallbefugnisse“ einzusetzen, um „Klimawandel“-Ziele zu erreichen oder Beschränkungen während oder sogar vor Pandemien durchzusetzen.

Zu den Plänen gehört auch ein „digitaler Ethikkodex“, der es der UNO erlauben würde, „Fehlinformationen“ zu zensieren, um eine „Klima-“ oder „Pandemiekrise“ zu verhindern.

Die UNO hat die Verbreitung von Informationen, die dem offiziellen „Klimakrisen“- oder Pandemie-Narrativ widersprechen, als „Infodemie“ bezeichnet.

Die Konferenz „Gipfel der Zukunft“ bringt verbündete UN-Nationen und Nichtregierungsorganisationen wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zusammen, um eine umfassende politische Agenda zu diskutieren.

Auf der Agenda stehen linke Initiativen wie die Vergrößerung der Regierung, um auf globaler Ebene zu agieren, digitale Zensur und drastische Vorschläge zu Pandemien und Klima.

Diese Maßnahmen signalisieren nach Ansicht von Politikexperten eine besorgniserregende Ausweitung des Einflusses der UNO auf einzelne souveräne Nationen.

Indem die UNO ihre Befugnisse auf diese Weise ausweitet, wird die nicht gewählte Organisation in der Lage sein, die Gesetze von Ländern auf der ganzen Welt außer Kraft zu setzen, um ihre eigene globalistische Agenda zu verfolgen.

Die Befugnisse würden die Vereinten Nationen in die Lage versetzen, die verfassungsmäßigen Rechte der Amerikaner zu verletzen, indem sie zum Beispiel den Bürgern durch radikale Zensurmaßnahmen das Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen.

Michael Chamberlain, Direktor von Protect the Public's Trust, einer Organisation zur Überwachung der Regierung, warnt, dass die Vorschläge dazu führen werden, dass Amerika „seine Souveränität aufgibt“ und der UN, dem WEF und der WHO „die Macht gibt, über uns zu herrschen“.

„Damals, als sich die Amerikaner noch Engländer nannten, konnten wir es nicht ertragen, von Leuten regiert zu werden, die wir nicht gewählt und nie gesehen hatten“, erklärt Chamberlain.

„Die Selbstverwaltung ist in unserer nationalen DNA verankert.

„Wir wählen Vertreter, um die Gesetze zu erlassen, nach denen wir leben... nicht so bei den Vereinten Nationen und anderen internationalen und ausländischen Organisationen.

„Deshalb ist es für die Vereinigten Staaten äußerst gefährlich, ihre Souveränität aufzugeben und einer dieser Organisationen die Macht zu geben, über uns zu herrschen.“

Laut dem Vorschlag „Strengthening the International Response to Complex Global Shocks – An Emergency Platform“ (Stärkung der internationalen Reaktion auf komplexe globale Schocks – eine Notfallplattform) würde die Notfallplattform den Vereinten Nationen die Möglichkeit geben, im Falle einer globalen Krise, wie z. B. einem „großen Klimaereignis“ oder einem „zukünftigen Pandemierisiko“, „aktiv eine internationale Reaktion zu fördern und voranzutreiben, die die Grundsätze der Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt“.

Man beachte die Formulierung „zukünftiges Pandemierisiko“ und nicht während einer tatsächlichen Pandemie – die UNO wäre in der Lage, ihre weitreichenden Befugnisse auszuüben, wenn sie behauptet, sie würde handeln, um zu verhindern, dass etwas passiert.

Um ein „großes klimatisches Ereignis“ zu verhindern, könnte die UNO die Öffentlichkeit daran hindern, mit ihren digitalen Dollars Fleisch und Milchprodukte zu kaufen, um die „globale Erwärmung“ zu stoppen.

Der Vorschlag wurde von UN-Generalsekretär Antonio Guterres verfasst.

Sie würde Guterres die Befugnis verleihen, eine Notfallplattform auszurufen und sie nach eigenem Gutdünken zu verlängern, wenn die Politik ratifiziert wird.

Brett Schaefer, Senior Researcher in International Regulatory Affairs bei der Heritage Foundation, warnt davor, *dass Guterres und die UNO in der Lage sein werden, die Führer einst souveräner Nationen auf der ganzen Welt zu überstimmen.*

„Es ist eindeutig ein Versuch, den Generalsekretär und die Vereinten Nationen zu ermächtigen“, warnt Schaefer.

„Die Notfallplattform würde dem Generalsekretär die „ständige Befugnis zur Einberufung und Operationalisierung“ einer Reaktion auf ein breites Spektrum internationaler Krisen mit minimaler Konsultation der Mitgliedsstaaten, einschließlich der USA, verleihen.“

Die Notfallplattform würde auch sicherstellen, „dass die teilnehmenden Akteure klare Verpflichtungen eingehen, die die globale Reaktion auf einen komplexen Schock direkt und unmittelbar unterstützen“.

Zu diesen teilnehmenden Akteuren gehören die UN-Mitgliedsstaaten wie die USA, China, die Länder der Europäischen Union und das Vereinigte Königreich. Die Mitgliedsstaaten wären zwar rechtlich nicht gezwungen, sich an die Empfehlungen des Generalsekretärs zu halten, aber der Druck, „einen sinnvollen Beitrag zur Reaktion zu leisten und für die Einhaltung dieser Verpflichtungen zur Rechenschaft gezogen zu werden“, wäre immens“, so Schaefer.

„Die USA sollten bereit sein, anderen Nationen in Krisenzeiten zu helfen, aber dies sollte eine Entscheidung sein, die von unseren gewählten Führern getroffen wird, nicht von Turtle Bay aus“.

Ein weiterer Vorschlag des „*Gipfels der Zukunft*“ zielt darauf ab, einen „Verhaltenskodex“ für das Internet zu entwickeln, der das, was die UNO als „Fehlinformation“ betrachtet, demontieren und zensieren soll.

Die weitreichende Zensurpolitik trägt den Titel „Informationsintegrität auf digitalen Plattformen“.

Der „Verhaltenskodex“ beruht auf der Arbeit von Gruppen, die sich aktiv für die Zensur konservativer Online-Reden einsetzen.

Die UNO und der von der UNO finanzierte Global Disinformation Index (GDI) nennen mehrere konservative Nachrichtensender als Quellen von „Fehlinformationen“.

Laut der „Desinformationsrisikobewertung“ des GDI stufen sie jedoch linke Quellen als äußerst zuverlässig ein.

So stufte der GDI beispielsweise die New York Times, die Washington Post und BuzzFeed News als „geringes“ Risiko ein, während er dem Daily Wire, der New York Post und dem American Conservative ein „hohes“ Risiko zuschrieb.

„Von Gesundheit und Gleichstellung der Geschlechter bis hin zu Frieden, Gerechtigkeit, Bildung und Klimaschutz – Maßnahmen, die die Auswirkungen von Fehlinformationen, Desinformation und Hassreden begrenzen, werden die Bemühungen um eine nachhaltige Zukunft unterstützen“, schrieb der UN-Generalsekretär in seinem Vorschlag zur „Informationsintegrität auf digitalen Plattformen“.

Die UN-Definition von „Fehlinformation“ stelle ein großes Risiko für die freie Meinungsäußerung dar, so Schaefer.

„Wir haben aus erster Hand gesehen, wie Bemühungen, ‚Desinformation‘ und ‚Fehlinformation‘ zu unterdrücken, stattdessen dazu missbraucht werden, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und unbequeme Beweise zu unterdrücken – wie zum Beispiel die Theorie des chinesischen Laborlecks über den Ursprung von Covid“, sagte Schaefer.

„Es ist schwer, einen UN-Kodex zu finden, der den ersten Verfassungszusatz nicht mit Füßen tritt.

Chamberlain stimmte dem zu und fügte hinzu, dass die UNO keine Grundlage habe, um diese Politik in einem demokratischen Land einzuführen.

„Amerikaner haben immer noch den Schutz des ersten Verfassungszusatzes, der es der Regierung verbietet, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung zu verletzen“, sagte Chamberlain.

„Es ist der Regierung nicht nur untersagt, diese Rechte mit Füßen zu treten, sondern sie darf auch nicht diese Rechte an andere auslagern, nicht einmal an große, mächtige internationale Organisationen, unabhängig davon, wie hoch angesehen diese Organisationen sein mögen.

Calling for guardrails to contain the proliferation of hate and lies in the online world, [@antonioгутerres](#) puts forward proposals for a Code of Conduct for Information Integrity on Digital Platforms in new report. <https://t.co/7ZoX9i81uk>
[pic.twitter.com/Punt48XxYi](https://t.co/7ZoX9i81uk)

— United Nations (@UN) [June 14, 2023](#)

Zu den weiteren politischen Vorschlägen gehört ein obligatorischer globaler Impfplan für COVID-19.

Der Plan würde darauf abzielen, weltweit mindestens 11 Milliarden Impfdosen zu verabreichen und die Finanzierung und Befugnisse der WHO, der Gesundheitsorganisation der Vereinten Nationen, zu erhöhen.

„Die Unabhängigkeit, die Autorität und die Finanzierung der WHO müssen gestärkt werden“, schrieb Guterres in dem Bericht „Unsere gemeinsame Agenda“.

„Dazu gehören eine größere finanzielle Stabilität und Autonomie auf der Grundlage von nicht zweckgebundenen Mitteln, eine Aufstockung der Mittel und ein organisierter Auffüllungsprozess für den verbleibenden Haushalt.“

Ein weiterer Vorschlag zielt darauf ab, Initiativen zum „Klimawandel“ durchzusetzen, indem bis 2050 oder früher „Netto-Null-Emissionen“ erreicht werden.

Der Plan sieht vor, fossile Brennstoffe und Kohleenergie weltweit abzuschaffen und die Finanzakteure zu zwingen, „von emissionsintensiven Sektoren auf eine klimaresistente und Netto-Null-Wirtschaft“ umzusteigen.

„Wir sollten unsere Bevölkerungen, Infrastrukturen, Volkswirtschaften und Gesellschaften stärken, damit sie dem Klimawandel standhalten können, doch Anpassung und Widerstandsfähigkeit sind nach wie vor stark unterfinanziert“, so Guterres in dem Bericht „Unsere gemeinsame Agenda“.

Experten warnen jedoch davor, dass die Ziele der globalistischen grünen Agenda mit drastischen Maßnahmen nicht zu erreichen sind.

„Chinas Priorität – und die vieler anderer Länder, vor allem der Entwicklungsländer – ist es, das Wirtschaftswachstum zu maximieren und den Lebensstandard zu erhöhen“, so Schaefer.

„In dem Maße, in dem Netto-Null und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen diese Ziele behindern, werden sie sich nicht an Beschränkungen halten.“

An anderer Stelle des UN-Vorschlags werden obligatorische globalisierte „digitale IDs“ gefordert.

–
Wie Slay News bereits berichtete, fordert Guterres in dem Bericht „Our Common Agenda“, **dass alle Personen, die unter der Kontrolle der UN stehen, eine digitale ID haben sollen, die mit ihrem Bankkonto verknüpft ist.**

Mit der eventuellen Einführung von digitalen Zentralbankwährungen (CBDCs) wären die Behörden in der Lage, die Ausgaben der Bürger in bargeldlosen Gesellschaften zu überwachen und zu kontrollieren.

Diejenigen, deren Ausgaben darauf hindeuten, dass sie ein „Risiko“ darstellen, zu einem „klimatischen Großereignis“ beizutragen, könnten rasch bestraft werden.

Quelle: [United Nations Preparing to Expand into Single-World Government](#)

Beitrag aus: <https://legitim.ch>